



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 2 / 2010

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Proteste gegen „Penny“- Markt erfolgreich

Im Januar 2010 wurde ein Werbeprospekt der Handelskette „Penny“ (Rewe-Gruppe) an alle Haushalte in Deutschland verteilt, in dem Faschingskostüme angeboten wurden.

Nicht, daß wir etwas gegen Faschingskostüme im allgemeinen hätten, aber warum muß es der Habit einer Nonne oder eine Mönchskutte sein? Dazu waren die Abbildungen in einer derartig widerlichen Weise, daß man sich schon fragen mußte, ob die zuständigen Werbemanager überhaupt noch ein bißchen Schamgefühl besitzen.

und gebeten, heftig bei „Penny“ zu protestieren. Ebenso schickten wir ein Fax an alle Bischöfe, mit der Bitte, unsere Protestaktion zu unterstützen. Ob ein Bischof über seinen eigenen Schatten gesprungen ist und auch protestiert hat? Nur wenige Stunden nach dem Versand unserer Email erhielten wir jedensfall Unterstützung, die wir so schnell nicht erwartet hatten.

Die Betreiber der Internetseite www.muslimmarkt.de schlossen sich unserer Protest-Aktion an und schrieben auf ihrer Seite: „Heute wurde der Muslim Markt von praktizierenden Christen

auf eine widerliche Werbung der Supermarkt-Kette Penny aufmerksam gemacht ... ein Angebot für Karnevalskostüme. Darin wird ein Nonnenkostüm in verächtlicher Weise abgebildet, während ein Mönch versucht, Pippi Langstrumpf zu bekehren. Die Mißachtung der religiösen Gefühle von Katholiken und die schändliche verachtende Darstellung des Nonnenhabits ist eine Beleidigung an Christen und Muslimen gleichermaßen. Da es hier nicht allein um Geschmackfragen geht, sondern um den Schutz und die Würde der Heiligen Maria, deren Kleide jede Nonne,

aber auch jede praktizierende Muslima trägt, empfehlen wir unseren Lesern, diese Woche nicht bei Penny zu kaufen.“

Am Mittwoch erhielt ich noch eine Antwort mit Rechtfertigungsversuchen von Seiten des Penny-Marktes. Bis Donnerstag hatten sich so viele Personen bei „Penny“ beschwert, daß sich die Geschäftsleitung entschloß, den Verkauf der Nonnen- und Mönchskostüme zu stoppen und gänzlich aus dem Programm zu nehmen.

Ein herzliches Vergelt's Gott für Ihren Einsatz. Es nützt, wenn wir zusammenhalten!

Widerlich

Zum Habit der Nonne gab es ein Strumpfband und zur Mönchskutte ein Kreuz. Mit dieser Werbekampagne lag die Rewe-Gruppe (hierzu gehört der Penny-Markt) völlig daneben. Vielleicht wollten die Werbemanager von „Penny“ mit dieser Aktion nur einen „kleinen Versuchsballon“ starten, um zu sehen, wie weit man mit den Katholiken gehen kann?

Am Sonntag, 17. Jänner 2010, haben wir ein Email an alle Empfänger unseres Rundbriefes „Nie wieder Nachrichten Europäischer Bürgerinitiativen“ verschickt

Krippenskandal im Kloster

Ein anderes aktuelles Beispiel um die Wirksamkeit des Protestes ist der Skandal um die „Schweine-Krippe“ in Bad Schussenried, gelegen an der Oberschwäbischen Barockstrasse. In einer Krippenausstellung im Neuen Kloster wurden die Heilige Familie und die Engel mit Schweineköpfen dargestellt. Dies ist blasphemisch, respektlos und nicht tragbar.

Daß man überhaupt wagte, eine solche Krippe aufzustellen, ist ein Skandal. Die Verantwortlichen lies-

sen hier jedes Feingefühl vermissen.

Ein Besucher der Ausstellung fand die Grenze des Erträglichen überschritten, beschwerte sich bei der Ausstellungsleitung und machte diesen „Krippen-Skandal“ im Internet bekannt. Ein Aufruf der Priesterbruderschaft „St. Pius X.“ zum Protest schlug Wellen und zeigte bald seine Wirkung. Die verantwortliche Ausstellerin, **Hansi Schmehle-Knöpfler**, wollte allerdings die Schweine-Krippe nicht entfernen, sondern verhüllte

diese zunächst mit einem Tuch. Durch ein „Guckloch“ konnte man sich dennoch die Krippe anschauen.

Hier kam man sich nun auch noch „verschaukelt“ vor. Ein zweiter Protestaufruf, dem sich wieder viele Katholiken anschlossen, brachte dann den Erfolg und man entfernte endlich die „Schweine-Krippe“ aus der Ausstellung.

Fazit: Es bringt doch etwas, wenn man protestiert. Manchmal ist Beharrlichkeit angesagt, so wie in der Bibel beschrieben.

Wer möchte mithelfen?

Vom 12. bis 16. Mai 2010 findet in München der 2. ökumenische Kirchentag statt. Wir möchten auch dort mit Verteilaktionen über das Thema „Lebensrecht und Menschenwürde“ informieren. Die Erfahrungen von anderen Kirchentagen (egal ob katholisch oder evangelisch) haben gezeigt, daß auch bekennende Christen sich mit den Forderungen der Heiligen Schrift nicht auskennen und selbst Abtreibung, Sex vor der Ehe, Verhütung, Homosexualität, Organspende, Euthanasie und vieles mehr gegen die biblische Lehre verteidigen. Hier gilt es zu infor-

mieren. Das Verteilen von Flugblättern ist meist nur ein Mittel, um mit den Kirchentagsbesuchern ins Gespräch zu kommen. Ich kann Ihnen schon heute aus eigener Erfahrung versichern: Wenn Sie sich einmal dazu überwunden haben, werden Sie die anfänglichen Ängste bald überwinden und in Zukunft gerne in den Fußgängerzonen mit den Menschen über die Erhaltung christlicher Werte reden.

Wenn Sie zwischen dem 12. und 16. Mai Zeit haben, melden Sie sich, bitte, unter der Telefon-Nr. 06201/2909929.

Günter Annen

Lassen wir uns ermutigen!

Lassen wir uns durch die Beispiele auf diesen Seiten ermutigen. Nehmen wir uns vor, in Zukunft uns aktiv für die Verbreitung und Erhaltung christlicher Werte einzusetzen. Der schnellste und einfachste Weg, zu protestieren, ist über das Email. Wir wollen versuchen, eine „Protest-E-Mail-Datenbank“ aufzubauen. Wenn Sie sich dort eintragen, werden Sie von uns per Email angeschrieben, wenn wir von einem Mis-

stand erfahren. Wo Ihre Mithilfe erforderlich ist, werden wir Sie dazu auffordern. Wir werden auch Hintergründe nennen, damit Sie entscheiden können, ob Sie diesen Protestaufruf mittragen wollen. Mit Eintrag in diese Datenbank erhalten Sie von uns nur ein Email, wenn „es brennt“. Auf unserer Homepage www.nachrichten.lebensrecht.de/protest.html können Sie sich hierzu anmelden.

Günter Annen

Der Lebensschützer **Martin Humer** demonstriert von 22. bis 24. Mai (jeweils von 10 bis 20 Uhr) in Salzburg vor der Schandstatue des Herrn **Lüperts**, die Mozart darstellen soll. Es werden bedruckte Klopapierrollen verschenkt. Für Interessierte die österreichische Telefonnummer **Humers**: 07277/6342)

Behindertes Kind darf kein Schadensfall sein

Der ÖVP-Behindertensprecher und Abgeordnete Dr. Franz-Joseph Huainigg thematisierte am 29. Januar die umstrittenen OGH-Urteile der vergangenen Jahre, die mit ihrer unterschiedlichen Wertung von behindertem und nicht-behindertem Leben für Aufregung gesorgt hatten.

In einem Fall sei den Eltern eines ungewollten Kindes, das mit Behinderung zur Welt kam, sogar Schadenersatz auf dessen gesamte Existenz zugesprochen worden, so **Huainigg**. Dies habe bedeutende Folgen für die Pränataldiagnostik. „Viele Ärzte raten schon bei geringem Verdacht auf Behinderung zu einer Abtreibung, Eltern stehen dadurch immer mehr unter Druck. Eltern, die die Geburt des behinderten Kindes nicht als Schadensfall sehen, werden finanziell benachteiligt“, erläuterte **Huainigg** die Folgen der derzeitigen Gesetzeslage.

Er fordert daher eine rasche gesetzliche Lösung mit

Weitblick. „Im aktuellen Regierungsprogramm wurde festgeschrieben, daß die Geburt eines behinderten Kindes keinen Schadensfall darstellen kann. An der juristischen Umsetzung dieses Bekenntnisses sollten wir nun zügig arbeiten“, so der Parlamentarier. Er begrüßt in diesem Zusammenhang die Ankündigung von Justizministerin **Claudia Bandion-Ortner**, im März eine Veranstaltung mit Experten zu diesem Thema abzuhalten.

Konkret

Konkret forderte der ÖVP-Sprecher für Menschen mit Behinderungen eine Änderung im Schadenersatzrecht

sowie ergänzende Unterstützungsmaßnahmen für Betroffene. Eine Lösung könne jedoch nicht nur in einer Änderung des Schadenersatzrechtes liegen. „Die Förderungen und Unterstützungen von behinderten Kindern müssen gleichzeitig erweitert werden. Es gibt schon jetzt Förderungen von öffentlicher Seite für behinderte Kinder, wie etwa das Pflegegeld ab der Geburt, erhöhte Familienbeihilfe oder Frühförderung. Diese Unterstützungsmaßnahmen sollen ausgebaut werden“, sagte **Huainigg**. „Das Ausmaß der derzeitigen

Förderungen rechtfertigt aber schon jetzt keinesfalls die Abtreibung eines behinderten Kindes“, hielt er fest.

Expertendialog

Im Dezember 2009 hatte **Huainigg** bereits einen Expertendialog zum Thema initiiert, an dem OGH-Praesidentin Dr. **Irmgard Griss** und Vertreter aller betroffenen Berufsgruppen – Juristen, Mediziner, Interessenvertreter behinderter Menschen ect. – teilnahmen. Die Ergebnisse sind im Internet auf seiner Webseite nachzulesen.

Die Redaktion möchte an dieser Stelle einmal ausdrücklich **Günter Annen** für seinen mutigen und selbstlosen Einsatz im Lebensschutz danken.

Wir stimmen mit **Annen** auch völlig überein, was zu

tun ist: Gefragt ist der Einsatz als „Seelsorger“, das direkte und persönliche Gespräch mit den Menschen dort, wo man sie findet: auf der Straße, in den Fußgängerzonen, überall.

Friedrich Engelmänn.